

Ringvorlesung „Konflikte in Gegenwart und Zukunft“ WiSe 2010/2011

Referat von Hans-H. Münkner

Economie Sociale – eine Alternative zum Kapitalismus

Inhalt

1	Einführung.....	3
1.1	Zweifel am herrschenden Wirtschaftssystem.....	3
1.2	Suche nach neuen Wegen.....	4
1.3	Warum kommt die ES aus Frankreich?.....	4
1.4	Gründe für das geringe Interesse an der ES in Deutschland.....	5
2	Arten des Kapitalismus.....	6
2.1	Familienkapitalismus.....	7
2.2	Technokratischer Kapitalismus.....	8
2.3	Finanzkapitalismus.....	8
2.4	Kapitalistischer Kapitalismus.....	8
2.5	zerstörerischer (Raubtier-) Kapitalismus.....	9
2.6	Politischer Kapitalismus.....	10
2.7	Kapitalismus und Liberalismus.....	10
3	Versuche einer Korrektur des kapitalistischen Systems durch Corporate Social Responsibility (CSR).....	10
4	ES – eine Wirtschaft der Gesellschaft.....	11
4.1	Entstehung der Wurzeln der ES in der Mitte des 19. Jahrhunderts.....	12
4.2	Kernbegriffe der ES.....	12
4.3	ES als eigenständiges System – nicht nur zur Lückenfüllung.....	14
4.4	Gewicht der ES.....	14
5	Probleme der ES.....	15
5.1	Mangelnde Sichtbarkeit.....	15
5.2	Mangelnde Kooperation mit potentiellen Partnern.....	16
(a)	Gewerkschaften.....	16
(b)	Staat.....	16
(c)	Kommunen.....	17
(d)	internationalen Organisationen.....	18
(e)	Universitäten.....	18
(f)	kulturelle Welt.....	18
5.3	Kollektives Individuum vs. wachsender Individualismus.....	19
5.4	Besondere Ausprägungen von Merkmalen der ES als Wirtschaftsform.....	19
(a)	Eigentum.....	19
(b)	Management.....	19
(c)	Finanzierung.....	20
(d)	Verteilung der Ergebnisse.....	20
(e)	Erfolgsmessung und Bewertung.....	21
5.5	Economie Solidaire.....	21

6	Heilmittel aus dem Arsenal des Kapitalismus.....	21
6.1	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.....	21
6.2	Mit Privatisierung gegen leere öffentliche Kassen.....	22
7	Entwicklungsstrategien der ES.....	23
7.1	Nachhaltige Entwicklung.....	23
7.2	Humane Globalisierung.....	23
7.3	Gesteuertes Wachstum.....	24
8	Fazit.....	24

Diesem Referat liegt das Buch von Thierry Jeantet, dem Generaldirektor der Vereinigung der europäischen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit EURESA, „Economie Sociale – une alternative au capitalisme“ zu Grunde, das vom Referenten ins Deutsche übersetzt wurde und bei AG SPAK – Bücher, Neu-Ulm 2010 erschienen ist.

1 Einführung

1.1 Zweifel am herrschenden Wirtschaftssystem

Warum dieses Thema? Wenn der Kapitalismus gut funktionieren würde, bräuhete man nicht über Alternativen nachzudenken. Die weltweite Finanz- und Bankenkrisis gibt Anlass zu Zweifeln, ob man die Entwicklung der Welt dem Markt, den Technokraten und den Kapitalisten überlassen kann.

Können Kapitalismus und Markt in ihrer gegenwärtigen Form die wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme lösen? Zahlreiche Fakten sprechen dagegen. Reiche werden reicher, Arme werden ärmer, die Mittelschicht schrumpft, die Umwelt leidet.

Nach der von Banken und Investmentfonds ausgelösten Finanzkrise mit Milliardenverlusten zu Lasten der Steuerzahler wachsen die Zweifel, ob sich global agierende Großunternehmen mit nationalen Rechtsregeln disziplinieren und kontrollieren lassen.

Auch an der Moral anonymer Manager wird gezweifelt: Ludwig Poullain: *„Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur der Generator unserer Gesellschaftsordnungen, sie ist auch ihr Korsett. Nicht die mit ihr Unzufriedenen oder sie kritisierenden Weltverbesserer können sie gefährden. Das Vermögen allein die in ihrem Zentrum Agierenden, wenn sie nicht endlich die Balance zwischen ihrem Eigennutz und der Verantwortung, die sie für unser Land tragen, finden“* (Ungehaltene Rede, FAZ Nr. 163, 16. Juli 2004, S. 9), Kirchhoff hätte keine Bedenken, wenn Banken eine Abteilung für Spiel und Wette einrichten, in der man viel gewinnen und viel verlieren könnte. Er hat Bedenken, wenn die Gewinne privatisiert, die Verluste aber an den Steuerzahler weitergereicht werden. Es macht einen verheerenden Eindruck, wenn Bankenvorstände trotz Verlusten und Abbau von Arbeitskräften hohe Bonuszahlungen an die Führungsriege bekannt geben, auch gegen neue Regeln des nationalen Rechts, die so etwas ausdrücklich verbieten. Zu der Frage Management und Moral gibt es unterschiedliche Ansichten Die einen meinen, es fehle den Managern nicht an Moral, sondern an der richtigen Ausbildung (Fredmund Malik, 2005), andere glauben, dass offensichtliches Versagen einiger Manager auf mangelnde Moral noch auf das Fehlen der richtigen Ausbildung liegt, sondern, das es an klaren gesetzlichen Grenzen fehlt (Ulrike Herrmann, TAZ 2005).

Soros: „Die Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft ist unerträglich“ (Jeantet, S. 84).

1.2 Suche nach neuen Wegen

Seit mehr als hundert Jahren wird nach einem besseren System des Wirtschaftens gesucht, nach neuen Wegen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, nach einer anderen Art zu wirtschaften (*entreprendre autrement*). Die Rede ist von einem Dritten Sektor zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, vom einem „Non-Profit Sektor“, der besser „Not for Profit Distribution Sector“ heißen sollte, bei dem es nicht etwa darum geht, Gewinne zu vermeiden, sondern die Ergebnisse des Wirtschaftens gerechter zu verteilen. Die Rede ist von Solidarwirtschaft, Gemeinwesenökonomie und Gemeinwirtschaft.

1.3 Warum kommt die ES aus Frankreich?

Anders als in Deutschland gibt es in Frankreich keine Tradition einer sozialen Marktwirtschaft, mit gesetzlich geregelter, staatlich verordneter Sozialversicherung, Arbeitnehmermitbestimmung und umfangreichen Bestimmungen zur Arbeitssicherheit. In Frankreich war bis 1947 die Versicherung von Arbeitnehmern Privatangelegenheit, die über Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (*Mutuelles*) geregelt werden musste.

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist zersplittert und politisiert. Statt weniger großer Branchengewerkschaften wie in Deutschland gibt es zahlreiche kleine Betriebsgewerkschaften, die man im Oktober 2010 bei Protesten gegen eine Rentenreform in Aktion sehen konnte.

In Frankreich gibt es seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine lange Tradition der Entwürfe alternativer Wirtschaftsordnungen von christlichen, utopischen und Staatssozialisten, mit Modellen von Kollektivsiedlungen von Produzenten und Konsumenten (Vorläufer des *Kibbutz*), bis hin zu staatlichen Werkstätten und Arbeiterproduktivgenossenschaften. Der Begriff ES stammt von André Gide, der ihn 1900 bei einem Vortrag über die genossenschaftliche Republik anlässlich der Weltausstellung in Paris benutzte.

Seit den 1980er Jahren haben sich Genossenschaften, Wirtschaftsvereine und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit in einem Verbindungskomitee zusammengeschlossen, um gegenüber der Regierung geschlossen aufzutreten zu können (CNLAMCA, heute CEGES): Komitee der Unternehmer und Unternehmen der *Economie Sociale*.

Der Staat hat diese Bewegung anerkannt und z.B. eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, die zunächst beim Premierminister angesiedelt war heute beim Ministerium für soziale Innovation und die sich mit Fragen der ES befasst. Schaffung eines Staatssekretariats für *Economie Solidaire*. 1985 tauchte der Name ES zu ersten Mal im Genossenschaftsgesetz auf (*Unions de l'ES*).

EU-finanzierte Forschungsprogramme im Bereich ES: Emergence des entreprises sociales en Europe, EMES; DIGESTUS. Unterstützung zahlreicher internationaler Konferenzen über ES in verschiedenen Städten Europas.

1.4 Gründe für das geringe Interesse an der ES in Deutschland

Für die meisten deutschen Wirtschaftswissenschaftler ist ES ein uninteressantes Thema und wird weitgehend ignoriert. Man ist mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft weitgehend zufrieden System und sieht keinen Anlass zu grundlegenden Änderungen. Alternative Formen des Wirtschaftens bleiben bis heute ein Randthema für wenige Spezialisten. Demgegenüber werden Unternehmenskooperationen wie Netzwerke, strategische Allianzen und Franchising - bei Ausklammerung der Genossenschaften - von der „mainstream“ Betriebswirtschaftslehre als besonders zukunftssträchtige Modelle gesehen, die zunehmend bei Lehrenden und lernenden Interesse finden. Erst allmählich werden an einigen Universitäten Fragen wie „Gemeinwesenökonomie“ (TH München, Prof. Elsen) behandelt oder gar Gegenstand besonderer Studiengänge. Der von 1964 bis 2002 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg angebotene Studiengang der Diplom-Kooperationsökonomien für Studierende aus Entwicklungsländern war eine Ausnahme und wurde 2002 eingestellt. Auch Aversionen gegen einen real existierenden Sozialismus wie in der DDR mögen eine Rolle spielen.

Die Economie Sociale definiert sich unter anderem über Rechtsformen von Unternehmen und Organisationen, die sie als dem System zugehörig betrachtet. Das ist ein Grund, warum deutsche Genossenschaftler das Konzept vehement ablehnen. Sie sehen Genossenschaften als „normale“ Unternehmen, bei denen wirtschaftliche Effizienz, Wertorientierung, Wachstum und Streben nach großen Marktanteilen ebenso wichtige Ziele sind, wie bei ihren kommerziellen Konkurrenten. Sie verstehen Genossenschaften als Unternehmen, die überwiegend zum Nutzen ihrer Mitglieder arbeiten, und schon deshalb nicht als gemeinnützig oder sozial gelten können. Wenn man bedenkt, dass z.B. deutsche Genossenschaftsbanken ein sehr umfangreiches Nichtmitgliedergeschäft betreiben, ist dieses Argument wenig überzeugend.

Die deutschen Gewerkschaften sehen sich gut aufgestellt, mit einem umfassenden Arbeitsrecht und Arbeitnehmermitbestimmung. Versuche, eigene Modelle wie „gemeinwirtschaftliche Unternehmen“ zu entwickeln, die bis in die 1980er Jahre relativ erfolgreich waren, sind ebenso gescheitert wie Experimente mit einer Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern am Kapital ihrer Unternehmen. Kennzeichnend für das unterschiedliche Genossenschaftsverständnis in Frankreich und Deutschland ist auch, dass sich die deutschen Genossenschaften in der Tradition von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch klar als Selbsthilfeorganisationen verstehen, während es in der französischen Sprache kein Wort für „Selbsthilfe“ gibt und eher von gegenseitiger Hilfe (aide mutuelle) gesprochen wird.

Überhaupt verhindert die Sprachbarriere eine intensivere Beschäftigung mit der ES, ein Grund dafür, das Buch von Thierry Jeantet zu übersetzen.

2 Arten des Kapitalismus

Pauschale Kritik am Kapitalismus übersieht, dass es sehr unterschiedliche Ausprägungen dieses Phänomens gibt und dass zwischen fürsorglichem Familienkapitalismus eines bodenständigen, mittelständischen Unternehmers und zerstörerischem Raubtierkapitalismus internationaler Investoren Welten liegen. Es gibt keine Entwicklungslinie. Neue Formen haben sich parallel zu weiter bestehenden und sich verändernden alten Formen entwickelt.

Kapitalismus ist kein System der Gewaltenteilung. Die Macht liegt bei demjenigen, dem das Kapital gehört. Die Kontrolle folgt dem Geld. Das einzige Ziel der Kapitalisten ist es, zu produzieren (Max Weber), Innovationen zu entwickeln und umzusetzen, auch unter Zerstörung bestehender Formen (Schumpeter: kreative Zerstörung) und sozialer Strukturen. Ihre Devise ist; ständig voranzuschreiten und die Entwicklung der Produktion nicht zu unterbrechen. So gesehen ist der Kapitalismus der Motor für die Entwicklung großer Industrieprojekte. In diesem System ist die Sorge um das Gemeinwohl nicht enthalten. In Bezug auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer passen sich die Kapitalisten den Minimalforderungen des Staates an und nehmen über Lobbyisten Einfluss darauf, dass diese Anforderungen nicht zu große Kosten verursachen. Kapitalisten schaffen Arbeit, aber für die dabei entstehenden Schäden (Betriebsschließungen, „Freistellungen“, Umweltschäden) verweisen sie die Arbeitnehmer und die Allgemeinheit an den Staat, der begleitende Hilfs- bzw. Reparaturmaßnahmen entwickeln soll und muss.

Wenn Unternehmer Wissen und Erfindergeist verbinden, es aber an Kapital mangelt, kommen die Banken ins Spiel, die gegen einen Anteil des erwirtschafteten Mehrwerts Kapital zur Finanzierung von Projekten bereitstellen.

Während einige Kommentatoren des Buches von Jeantet darin den Schatten von Karl Marx entdecken, sehen andere in Jeantets Darstellung verschiedener Ausprägungen des Kapitalismus durchaus eine Bereicherung der Debatte.

Markt oder Märkte?

Ebenso wenig wie des **den** Kapitalisten gibt, gibt es nur **einen** Markt. Allein im Finanzbereich gibt es:

- Den **Aktienmarkt**, an dem Eigentumstitel an Unternehmen gehandelt werden, mit Börse und Rating-Agenturen,
- Den **Devisenmarkt** mit An- und Verkauf von Währungen,
- Den **Schuldenmarkt** als größter und wichtigster Teil des Finanzmarktes, als Geldmarkt, an dem kurzfristige Verbindlichkeiten gehandelt werden und Markt für mittel- und langfristige Obligationen,

Weitere Märkte sind der **Rohstoffmarkt** und der **Bodenmarkt**. Ob man auch zu Recht von einem **Arbeitsmarkt** sprechen kann, ist aus Sicht der ES zumindest fraglich, weil Arbeit von Menschen geleistet wird und keine Ware ist, mit der auf einem Markt beliebig gehandelt werden kann.

2.1 Familienkapitalismus

Die zu Beginn des Industriezeitalters im 19. Jahrhundert entstandene Form des Familienkapitalismus ist bis heute die im Mittelstand vorherrschende Form. Es gibt aber in dieser Kategorie auch Großunternehmen (z.B. Bosch, Porsche). In der Schweiz sind fast 90 % der Handelsgesellschaften Familienunternehmen, in Kanada sind es rund 50 %. Bis heute sind ca. 30 % der 1000 weltweit führenden Unternehmen in Familienbesitz.

Hauptvorteil:

Der Eigentümer der Produktionsmittel ist zugleich Unternehmer und Leiter des Unternehmens. Idealerweise behandelt er seine Arbeitnehmer wie ein guter Familienvater.

Die Unternehmen sind örtlich verwurzelt und bodenständig. Das wird durch die Art der Produktion oft noch verstärkt (Minen und Bergbau, Maschinenbau, Automobilindustrie, Textil). Sie bilden die Grundlage für die Entstehung großer Familienvermögen.

Ford: Ich bezahle meine Fließbandarbeiter korrekt, damit sie meine Autos kaufen können, denn Autos kaufen keine Autos.

Hauptnachteil:

Mangel an Innovationen und Visionen für die Weiterentwicklung, besonders bei Generationenwechsel.

Fehlen von Kapital für die Entwicklung, Öffnung für externe Anteilseigner, Verlagerung der Entscheidungsmacht vom Eigentümer auf ausgebildete Technokraten.

2.2 Technokratischer Kapitalismus

Mangels Fachkenntnissen der Familieneigentümer übernehmen Technokraten und professionelle Manager die Führung des Unternehmens. Es kommt zu einer Aufteilung der Macht zwischen Kapitaleignern und operativem Führungspersonal. Diese Entwicklung geht einher mit einer Verlagerung des Schwerpunkts von Industrialisierung zu schneller Rentabilität. Führungspersonen profitieren von diesem Handlungsspielraum und Maximieren ihre Nützlichkeit, ihre Gehälter und zugleich den Gewinn der Aktionäre. Notfalls erhöhen sie ihre Einkünfte aber auch zu Lasten der Rendite für die Aktionäre.

Hauptvorteil:

Visionen schneller industrieller und technischer können schneller umgesetzt werden.

Hauptnachteil:

Es entstehen Risiken aus Interessenkonflikten zwischen Technokraten/Managern und Aktionären.

2.3 Finanzkapitalismus

Technokraten führen Unternehmen in einen Teufelskreis, in dem Gewinn an erster Stelle steht. Unternehmensziele verändern sich. Sie gelten weniger der Realisierung des ursprünglichen Projekts. Es beginnt ein Wettlauf um die Erhöhung des (scheinbaren) Unternehmenswerts. Beispiele sind die Internet-Unternehmen. Geld zieht weiteres Geld an. Aktionäre übernehmen wieder die Macht, Technokraten werden mit goldenen Fallschirmen verabschiedet und verlieren den Schutz ihres sozialen Status.

Hauptvorteil:

Fähigkeit zur Mobilisierung der für die Entwicklung des Unternehmens erforderlichen Finanzmittel.

Hauptnachteil:

Abkopplung der Forderung von Rentabilität um jeden Preis von dem industriellen Projekt. Eine Entwicklung die der Kapitalist par excellence Soros für unerträglich hält. Beispiele im Finanzsektor des 21. Jahrhunderts.

2.4 Kapitalistischer Kapitalismus

Hier handelt es sich um eine extreme Form des Finanzkapitalismus, die es seit Ende des 20. Jahrhunderts gibt. Entscheidungen auf höchster Ebene des Unternehmens werden so stark von finanziellen Überlegungen geprägt, dass das Finanzielle das Wichtigste wird. Pensionsfonds als neue Aktionäre errichten weltweit eine neue Ordnung. Sie investieren nicht, um ein Projekt zu realisieren, sondern um kurzfristig viel Geld zu verdienen, selbst unter Gefährdung der eigentlichen Unternehmensziele. Die Qualität der Macht verändert sich. Projekte

und industrielle Prozesse bleiben die Grundlage, aber Unternehmen, die man für zu wenig rentabel hält, werden ohne Skrupel geschlossen, um in rentablere Unternehmen zu investieren. Leitmaxime ist: Maximale kurzfristige Rendite ohne Rücksicht auf soziale, ökologische und gesellschaftliche Folgen. Die so entstehenden Risiken werden dem Staat zur Regulierung überlassen.

Die Pensionsfonds entziehen sich vollständig der Kontrolle ihrer Eigentümer, der Gehaltsempfänger, die ihre Beiträge in den Fonds eingezahlt haben. Bei den Fonds handelt es sich um „Arbeiterkapital“, das im Rahmen von Tarifverträgen in Pensionsfonds angesammelt wurde, um eine Rente nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu bezahlen. Praktisch handelt es sich um zeitlich verzögerte Gehaltszahlungen. Es gibt aber auch Pensionsfonds, die sozial und ökologisch verträglich arbeiten, z.B. die schwedische Versicherungsvereinigung auf Gegenseitigkeit „Folksam“.

Pensionsfonds halten insgesamt ca. ein Drittel des gesamten weltweit verfügbaren Finanzkapitals. Diese potentielle Macht wird aber nicht zur Sanktionierung unerwünschter Verstöße gegen soziale Normen genutzt.

Hauptvorteil:

Große Fähigkeit zur Mobilisierung von Kapital.

Hauptnachteil:

Große Fonds werden von Financiers außerhalb des Unternehmens mit Wettleidenschaft verwaltet und streben nach größtmöglicher, wenn auch kurzfristiger Rendite.

2.5 zerstörerischer (Raubtier-) Kapitalismus

Ein negativer Aspekt des Kapitalismus ist, dass Ungleichheit gefördert wird, dass sich die Schere zwischen Armen und Reichen weiter öffnet. Im ehemaligen Ostblock, in den der Kapitalismus importiert wurde, hat sich der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 4 Prozent auf 30 Prozent erhöht. In den Ländern des Südens leben mehr als 1,2 Mrd. Menschen von weniger als einem US Dollar an Tag. In Entwicklungsländern betrifft Kinderarbeit 250 Millionen Kinder. Es wird geschätzt, dass in 30 Jahren etwa ein Drittel der Bürger in Entwicklungsländern in Slums wohnen werden. 20 bis 30 Prozent der Bürger der EU leben nahe der Armutsgrenze von 4 US Dollar pro Tag.

Kapitalisten und Staaten sichern sich Zugriff auf Land und Rohstoffe. So werden z.B. in Brasilien und Indonesien große Waldflächen in Ölpalmplantagen verwandelt, während einheimische Kleinbauern ihr Land verlieren. Fischbestände der Weltmeere werden von Fangflotten trotz Artenschutzabkommen weiter dezimiert und schaffen z.B. somalische Piraten.

Bei Erlösen durch Überbewertung von Unternehmen werden die Erfolge nicht geteilt. Feindliche Übernahmen bringen Wenigen Nutzen, ohne den technologischen und sozialen Fortschritt voranzutreiben. Stattdessen zerfleischen sich ka-

pitalistische Unternehmen selbst. Zurück bleiben ihrer wertvollen Bestandteile beraubte und stillgelegte Unternehmen und vom Staat zu versorgende Arbeitslose.

2.6 Politischer Kapitalismus

Hier geht es um die Zusammenarbeit von Staat und Kapitalisten, z. B. indem Politiker in die Wirtschaft wechseln oder Wirtschaftsfachleute in die Politik. Es geht um Lobbying zum Schutz der Interessen großer multinationaler Unternehmen und deren Versorgung mit lukrativen Aufträgen, wobei die Politik je nach Bedarf teils ultra-liberal, teils protektionistisch auftritt, ein Problem für die Welthandelsorganisation (WTO). Beispiele sind die Teilprivatisierung der britischen Eisenbahnen und des EURO-Tunnels, Energieversorgung, Konzentration von Medien in Händen von Industriellen oder Politikern.

Hierzu schreibt Charles Linblom (The Market System, Yale University Press 2001): „Wenn das Marktsystem ein Tanz ist, dann stellt der Staat Tanzfläche und Orchester“.

2.7 Kapitalismus und Liberalismus

Beim Liberalismus lassen sich zwei Hauptzweige unterscheiden:

- Entstehen für individuelle, bürgerliche und politische Freiheiten und
- Verteidigung wirtschaftlicher Freiheiten, einschließlich der Handlungsfreiheit des Individuums. Hierzu zählt die Gewährleistung der Freiheit des Einzelnen, für sich selbst Reichtum zu schaffen, auch wenn dadurch individuelle und kollektive Freiheiten anderer geschwächt werden.

Kapitalismus lehnt Gruppenaktivitäten (Genossenschaften, Vereine, Vereinigungen auf Gegenseitigkeit und Gewerkschaften) ab. Deren Tätigkeiten und Erfolge sind mit den Analysewerkzeugen des Kapitalismus (Börse und Rating-Agenturen) nicht zu erfassen. Im Kampf gegen den Kommunismus ist der Kapitalismus als Sieger hervorgegangen – im Namen der Freiheit? (fragt Jeantet).

Ein Freiheit beschränkendes Angebot einer Mischung aus Liberalismus und Kapitalismus sind z.B. Angebote von Unternehmen, die Gehaltsempfänger in die Selbständigkeit als Mikro-Unternehmer drängen, nach dem Motto: „Jeder schafft seinen eigenen Arbeitsplatz“, wobei die neuen Selbständigen selbst hohe Risiken eingehen, ohne Sicherheitsnetz oder goldenen Fallschirm, mit der Gefahr sich extrem und dauerhaft zu verschulden.

3 Versuche einer Korrektur des kapitalistischen Systems durch Corporate Social Responsibility (CSR)

In Unternehmen wächst die Bereitschaft, freiwillig bzw. auf Druck von Pressure Groups, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Vertretern der Zivilgesellschaft mehr soziale und ökologische Verantwortung zu übernehmen.

men. Das geschieht nicht zuletzt, um internem Widerstand der Arbeitnehmer und externem Widerstand von Geschäftspartnern, Kunden und öffentlichen Stellen zu begegnen und Dauerkonflikte zu vermeiden. Dabei geht es um die freiwillige Verpflichtung, bestimmte Grundwerte, wie Kampf gegen Korruption, Einhaltung von Normen des Arbeitsrechts, Beachtung von Regeln des Umweltschutzes einzuhalten.

Stärkere soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen führt zu einer Verbesserung der internen Beziehungen und des Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit, auch mit positiven Marketingeffekten. In Frankreich müssen börsennotierte Unternehmen jährlich einen Bericht über die Umsetzung ihrer sozialen Verantwortung (CSR) vorlegen, eine Vorschrift, die europaweit Anwendung finden sollte. NROs verhandeln mit großen industriellen Gruppen, um Kompromisse in Fragen der CSR zu finden. Immer mehr Investoren lehnen es ab, in Unternehmen zu investieren, die nicht ihr gesellschaftliches Verhalten messen und darüber berichten.

CSR ist ein Schlüssel zu einem neuen Ansatz der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Analyse von Unternehmenstätigkeit. Es bleibt allerdings abzuwarten, welchen Einfluss CSR auf das Funktionieren von Unternehmen hat, deren Spielregeln diejenigen des Strebens nach möglichst hoher Rentabilität bleiben. Derartige Zweifel sind besonders dann berechtigt, wenn die Einhaltung der Regeln der CSR unwillig, halbherzig und widersprüchlich erfolgt.

Es bildet sich eine globale Zivilgesellschaft, die Widerstand gegen Auswüchse des Kapitalismus organisiert. Das Weltsozialforum, an dem auch Organisationen der ES teilnehmen, bildet eine Gegenveranstaltung gegen das Gipfeltreffen des Kapitalismus in Davos. Auch die ES veranstaltet mit ihren Mont Blanc Treffen eine solche Gegenveranstaltung.

4 ES – eine Wirtschaft der Gesellschaft

Economie Sociale ist nur schwer ins Deutsche zu Übersetzen, da Begriffe wie „Sozialwirtschaft“ schon anders besetzt sind und die eigentlich passende Übersetzung als „Solidarwirtschaft“ insofern problematisch ist, als die ES sich in Frankreich von der Economie Solidaire ausdrücklich unterscheidet, wie noch zu erläutern ist. Es wird deshalb auf eine Übersetzung verzichtet und der französische Ausdruck verwendet. Ohnehin ist eine Definition der ES nicht leicht. Claude Vienney, einer der führenden Theoretiker der ES, definierte die ES als ein System, das ein ebenso interessantes wie undefinierbares Konglomerat ist („conglomérat aussi intéressant qu’indéfinissable“). Heute haben die Unternehmen der ES klarere Konturen durch stärkere Betonung des Unternehmenscharakters. Sie sieht sich weniger als politische Bewegung und mehr als eine besondere, alternative Form des Wirtschaftens (*entreprendre autrement*).

CNLAMCA 1991: „Die Unternehmen der ES leben in einer Marktwirtschaft. Aber sie sind Unternehmen eigener Art, denn sie entstammen dem Willen der

Solidarität im Dienste des Menschen. Sie geben dem Dienen Vorrang vor Verdienen und führen in das Wirtschaftsleben einen sozialen Faktor ein.“

4.1 Entstehung der Wurzeln der ES in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Die Wurzeln der ES reichen zurück in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in die Zeit der Industrialisierung und Mechanisierung, der Landflucht und des Entstehens städtischer Armut unter den neuen Industriearbeitern, den ersten Opfern des Kapitalismus. Grundsteine der ES wurden von christlichen und utopischen Sozialisten gelegt, die damals in Frankreich für Vereinigungsfreiheit und die Gründung von Gewerkschaften kämpfen mussten. Modelle waren Ansätze der katholischen Wohlfahrtslehre, Ideen von Unternehmen ohne Gewinnstreben, kooperative Siedlungen von Produzenten und Konsumenten (den Vorgängern des Kibbutz; Fourier, Godin) und staatlich finanzierter kollektiver Werkstätten (Louis Blanc) aus denen Arbeiterproduktivgenossenschaften entstanden. In England entwickelte Robert Owen seine Ideen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (10 Stundentag für Arbeiter, Kinderarbeit erst ab 10 Jahren) und genossenschaftlicher Siedlungen.

Erst 1901 wurde in Frankreich mit Erlass des Vereinsgesetzes die Tür zur Schaffung der ES geöffnet. In England und Deutschland waren schon vorher die gesetzlichen Grundlagen für die Verbreitung von Selbsthilfeorganisationen gelegt worden: In England mit dem Industrial and Provident Societies Act 1852 für die Gründung von Genossenschaften und BenComs (gemeinnützigen Organisationen) und in Deutschland mit dem Genossenschaftsgesetz (1867 in Preußen, 1868 im Norddeutschen Bund, 1889 als Reichsgesetz).

Anlässlich der Weltausstellung in Paris 1900 prägte Charles Gide den Begriff der ES in seine Überlegungen zu einer genossenschaftlichen Republik, in denen er die Idee eines dritten Weges über die Welt des Unternehmens hinaus präsentierte.

4.2 Kernbegriffe der ES

Nach den Vorstellungen der ES steht der Mensch im Zentrum des Produktionsprozesses.

Kernbegriffe der ES sind:

- Solidarität,
- Harmonie,
- Emanzipation,
- Widerstand gegen Unterdrückung

Es entwickelten sich drei Strömungen der ES:

- **Die liberale Strömung**, vertreten von Léon Walras und Hermann Schulze-Delitzsch, die auf einen vernünftigen Kapitalismus hofft.
- **Die radikale Strömung**, die auf eine bessere Verteilung des Reichtums durch freie kollektive Institutionen zielt, unabhängig vom Staat.
- **Die sozialistische Strömung**, die auf Produktivgenossenschaften setzt, um die Preise wichtiger Güter für die Bürger bezahlbar zu machen.

Die ES ist gekennzeichnet durch eine gewisse Nähe zum öffentlichen Sektor und offen für eine Zusammenarbeit zum Nutzen beider Partner.

Zur ES werden alle Organisationen ohne Gewinnstreben gezählt.

- In **Frankreich**: Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und Vereinigungen auf Gegenseitigkeit, auch als „Familien“ der ES bezeichnet.
- In **England**: Wohltätigkeitsorganisationen (Charities und Friendly Societies), Genossenschaften, BenComs, Community Interest Companies (CICs).
- In **Deutschland**: Hier ist umstritten, ob Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und Vereine alleine wegen ihrer Rechtsform dazu zu zählen sind. Bedenken bestehen wegen der „Mitgliedernützigkeit“ der Genossenschaften im Gegensatz zur „Gesellschaftsnützigkeit“ der ES.

Zu den Gemeinsamkeiten der Organisationen der ES gehören:

- Freiwillige Mitgliedschaft, freiwilliger Zusammenschluss zu wirtschaftlichem, demokratischem und sozialen Handeln, weltweit freiwillige Übernahme des Modells der ES als Ergänzung bereits bestehender Modelle,
- Demokratische Struktur (ein Mitglied – eine Stimme),
- Unteilbares Eigenkapital (unteilbare Reserven), Gemeinschaftseigentum,
- gerechte Verteilung der Überschüsse,
- Förderung der Mitglieder, Identitätsprinzip (Träger und Nutzer sind identisch),
- Unabhängigkeit vom Staat, politische Neutralität und
- Sorge um das Gemeinwohl.

Diese gemeinsamen Merkmale entsprechen den Werten und Prinzipien des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB), die auf dessen Kongress zum 100-jährigen Bestehen 1995 in Manchester beschlossen wurden und inzwischen weltweit anerkannt sind, z.B. von der UNO, der ILO und der EU.

4.3 ES als eigenständiges System – nicht nur zur Lückenfüllung

Die ES ist eine Tochter der Not, die immer neben ihrer wirtschaftlichen auch eine soziale und gesellschaftliche Dimension hat. Ziel ist es, an wirtschaftlicher Tätigkeit teilzunehmen, ohne ihr Opfer zu werden. Sie lehnt es ab, zwischen Staatswirtschaft und Privatwirtschaft zu wählen, sondern kann Elemente beider Systeme in sich verbinden. Anders als der Kapitalismus strebt die ES keine Hegemonie an und sieht sich auch nicht als Exportmodell. Sie versteht sich auch nicht als Reparaturmechanismus, der dann eingreift, wenn ein Unternehmen schlecht läuft oder Fehler im kapitalistischen System zu beseitigen sind. Sie fordert Freiheit des Zusammenschlusses zu demokratischem und sozialem Handeln.

Tragende Elemente der ES als Wirtschaftsmodell sind:

- Kampf gegen die Kommerzialisierung der Welt mit dem Programm, dass der Mensch die Wirtschaft bestimmt und wirtschaftlicher Fortschritt vom sozialen Fortschritt abhängt.
- Teilnahme an den Märkten in Konkurrenz mit kommerziellen Gesellschaften, zunehmend auch im Bereich der personenbezogenen Dienstleistung durch Vereine.
- Übernahme von Unternehmen durch die Belegschaft (buy out) als Alternative zur feindlichen Übernahme oder Betriebsschließung,

Amerikanische Industrie- und Finanzlobbyisten behaupten, die ES sei eine staatlich subventionierte Wirtschaft, die am öffentlichen Tropf hängt und deshalb eine Gefahr für den fairen Wettbewerb darstellt. Zutreffend ist, dass Unternehmen der ES „normale“ Unternehmen sind mit dem Unterschied, nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet zu sein.

Genossenschaftsunternehmen und -gruppen gehören zu den bedeutendsten Unternehmen der Welt, z. B. Mondragon (Spanien, gegründet 1956), Migros (Schweiz, gegründet 1925), Zen-Noh (Japan, gegründet 1948).

In Frankreich wurden Genossenschaften lange vom Staat als Mittel betrachtet, Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb war ein Viertel aller öffentlichen Aufträge für Genossenschaften reserviert. Diese Regelung wurde inzwischen auf Intervention der EU hin abgeschafft. In Italien wurde 1991 ein besonderes Gesetz für Sozialgenossenschaften eingeführt, das Schaffung von Arbeitsplätzen für Ausgrenzte mit Steuervorteilen belohnt.

4.4 Gewicht der ES

Ein Schwergewicht der europäischen Wirtschaft

248 Mio. Europäer sind Mitglieder oder gehören einer Genossenschaft, einer Versicherungsvereinigung auf Gegenseitigkeit und/oder einem Verein an. Mit Mehrfachmitgliedschaften sind ca. 30 % der europäischen Bevölkerung Mitglied einer Organisation der ES.

In Frankreich schätzt INSEE Nord-Pas-de-Calais das wirtschaftliche Gewicht der ES im Jahre 2003 auf 11,7 % des nationalen BIP (gegenüber 6 % im Jahre 1980). Der Rat der Unternehmen und Gruppen der ES (Conseil des Entreprises et Groupements d'ES, CE-GES) schätzt die Ressourcen der Organisationen der ES (ohne die Genossenschaftsbanken) auf 150 Mrd. Euro. Die Genossenschaftsbanken haben einen Marktanteil von 26,4 %. Die Economie Sociale beschäftigt 1,8 Mio. Arbeitnehmer davon 90 % in jeder Art von Vereinen, die 21,6 Mio. Mitglieder im Alter von über 15 Jahren haben. 44 Mio. Franzosen sind durch Versicherungsvereinigungen auf Gegenseitigkeit im Gesundheitssektor abgesichert und 22 Mio. in allgemeiner Versicherung.

Gewicht des Internationalen Genossenschaftsbundes, IGB

Der IGB vertritt weltweit 800 Mio. Einzelmitglieder, davon allein in Indien 200 Mio., im Vergleich dazu 15 Mio. in ganz Afrika. Der IGB hat 230 Mitgliedsorganisationen in 89 Ländern, die sich wie folgt auf die Kontinente verteilen: Europa: 93 Organisationen oder 40 %; Afrika 24 Organisationen oder 10 %; Asien/Pazifik: 52 Organisationen oder 22 %; Nord- und Südamerika: 67 Organisationen oder 28 %.

5 Probleme der ES

5.1 Mangelnde Sichtbarkeit

Der ES fehlt eine eigene Fahne, hinter der sich ihre Komponenten versammeln könnten. Sie hat ein Problem damit, sich als ein Ganzes von Unternehmen, Organisationen und gemeinsamen produktiven Tätigkeiten darzustellen, die Reichtum für die Gesellschaft erwirtschaften.

Die ES begeht den Fehler, ihre Position nicht offensiv zu verteidigen, sondern neutral zu bleiben. Obgleich ihr Schwerpunkt bei der Verteidigung von Menschenrechten und sozialen Rechten liegt, mischt sie sich zu wenig in die Diskussion dieser Fragen ein. Z.B. protestierte sie nicht gegen Pläne der Europäischen Kommission, den Börsengang von Sportunternehmen zu fördern und damit die Kommerzialisierung des Sports. Sie hält sich mit der Forderung nach einem neuen Sozialpakt gegen Unsicherheit und Ausgrenzung der Ärmsten zurück.

Sie versäumt es, die Beziehungen zwischen den einzelnen „Familien“ von Organisationen zu pflegen. Jede „Familie“ arbeitet für sich. Es fehlt auch an kontinuierlicher Zusammenarbeit mit sozialen und gewerkschaftlichen Kräften.

Während es in Frankreich und England Ideen der ES in das Regierungshandeln eingehen, gibt es auf EU-Ebene keinen für ES zuständigen Kommissar mehr. Im Zuge einer Reorganisation wurde die DG XXIII (mit Zuständigkeit für Economie Sociale) in die DG X (Unternehmen) integriert, in der die liberale, finanzwirtschaftliche Ideologie dominiert.

Die ES muss klar zeigen, wo die Gemeinsamkeiten liegen, die ihre Komponenten verbinden. Sie darf sich nicht auf die Verwaltung früherer Erfindungen

beschränken und in der Suche nach immer neuen Definitionen verlieren. Sie muss ihre Nützlichkeit beweisen und zeigen, dass sie durch Selbstorganisation der örtlichen Akteure Lösungen für drängende aktuelle Probleme bieten kann:

- Zurückdrängung der Armut,
- Angebot menschlicher Lebensbedingungen,
- Sicherheit des Zugangs zu bezahlbaren Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Seit 30 Jahren hat die ES Sprachrohre in Frankreich (CEGES) und Spanien (CEPES). Der IGB mit Beobachterstatus bei der UNO besteht seit 1895. Als Vertreter von 800 Millionen Einzelmitgliedern ist er die größte NRO der Welt. Er hat z.B. in Polen durch direkte Intervention bei der Regierung erreicht, dass ein genossenschaftsfeindliches Gesetz, das für Credit Unions dem Bankrecht unterstellen wollte, zurückgenommen wurde.

Das Motto der ES sollte sein: *Savoir faire – faire savoir.*

5.2 Mangelnde Kooperation mit potentiellen Partnern

Die ES braucht Partner. Es fehlt an kontinuierlicher Zusammenarbeit mit sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Kräften.

(a) Gewerkschaften

Da in Unternehmen der ES die Arbeitsbeziehungen in der Regel gut sind, gibt es wenig konkreten Anlass zu Diskussionen mit Gewerkschaften. Gemeinsam können ES und die Gewerkschaften ihren Kampf gegen Ungleichheit, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit besser führen und sich stärker als gestaltende Kraft einbringen.

Die Gewerkschaften haben eigene Unternehmensmodelle der „Gemeinwirtschaft“ entwickelt, die in Deutschland nach jahrzehntelangen Erfolgen in den 1990er Jahren scheiterten (Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft, Alte Volksfürsorge, COOP-AG). In anderen Ländern, z.B. in Singapur, arbeiten Genossenschaften der Gewerkschaften seit den 1970er Jahren erfolgreich. Die Konsumgenossenschaft Fairprice hat einen Marktanteil von fast 50 Prozent. Die gewerkschaftlich/genossenschaftliche Versicherung INCOME hat eine starke Position.

In den USA haben die Gewerkschaften Programme der Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmen entwickelt: Employee Stock Ownership Plans (ESOP). In Deutschland sind derartige Versuche ohne nennenswerten Erfolg geblieben.

(b) Staat

In Frankreich haben die Beziehungen der ES zum Staat dazu geführt, dass in der Regierung internministerielle Kommissionen eingerichtet wurden und das Ko-

ordinationskomitee der ES (zunächst CNLAMCA, dann CEGES) als Verhandlungspartner anerkannt wird. In mehreren Novellierungen des Genossenschaftsgesetzes wurde der Rechtsrahmen für Aktivitäten der ES verbessert.

Auch in England ist Social Economy als Wirtschaftsfaktor und soziale Bewegung anerkannt. Auch hier gibt es ein internministerielles Komitee, das sich mit Fragen der ES befasst und z. B. in einem fünf Jahre dauernden Prozess ein Gesetz für „gemeindenützige Gesellschaften“ (Community Interest Companies, 2005) im Dialog mit Organisationen der ES entwickelt hat.

Auf EU-Ebene haben die Vertreter der ES der romanischen Länder versucht, ein europäisches Gesetz für die Organisationen der ES durchzusetzen, mussten aber entsprechende Gesetzesentwürfe wegen des Widerstandes insbesondere der deutschen Genossenschaftsverbände zurückziehen. Nach 35-jährigen Verhandlungen wurden diese erfolgreich abgeschlossen. 2003 trat eine Verordnung der Europäischen Kommission zur Regelung der europäischen Genossenschaft in Kraft. Wie schwierig die Verhandlungen waren, lässt sich daran ablesen, dass selbst die Einigung auf eine Bezeichnung Probleme bereitete und auf die lateinische Sprache zurückgegriffen werden musste. Die Europäische Genossenschaft heißt offiziell SCE – Societas Cooperativa Europea.

In Deutschland mit seinem Modell der Sozialen Marktwirtschaft, disziplinierten Gewerkschaften und einer ausgebauten Arbeitnehmermitbestimmung ist das Interesse an ES gering. Der Erlass der Verordnung über die europäische Genossenschaft hat aber zu einer Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahre 2006 geführt, bei der die Ziele der Genossenschaft von der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder auf die Förderung auch ihrer sozialen und kulturellen Belange erweitert wurden (wie bei der SCE).

(c) Kommunen

Kommunen zeigen wachsendes Interesse an Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen der Bürger in Form von Multi-Stakeholder Genossenschaften. Derartige Unternehmen der Gemeinwesenökonomie dienen der Versorgung mit Elektrizität und Nahwärme durch Bio-, Solar, Wind- und Wasserenergie und zur besseren Nutzung örtlicher Ressourcen. Genossenschaftlich Organisierte Unternehmen mit Bürger- und Kommunalbeteiligung (Public Citizen Partnerships, PCP) arbeiten auch in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit. Es werden vor Ort Arbeitsplätze geschaffen. Das Geld der Bürger bleibt in der Gemeinde. Örtliche Kreditgenossenschaften helfen bei der Finanzierung. Wegen ihrer örtlichen Verwurzelung besteht auch bei Wachstum weder Gefahr der Abwanderung noch der feindlichen Übernahme (z.B. Wagner & Co Solartechnik GmbH).

In Hessen hat Ende September 2010 in Wörrstadt eine Fachtagung zum Thema „Regionale Energie sichert die Zukunft“ mit 200 Teilnehmern aus Politik und Kommunen sowie Bankvertretern stattgefunden, während der über bereits bestehende Bio-Energie-Dörfer informiert und diskutiert wurde. Dabei zeigte sich,

dass es in Deutschland etwa 5000 Biogasanlagen gibt, davon 100 in Hessen, 1700 in Bayern und 1000 in Niedersachsen (OP, 2. November 2010, S. 15). Berichte über diese Tagung finden sich im GenoPortal des Genossenschaftsverbandes e.V. Neu-Isenburg und in dessen Zeitschrift „netzwerk“ 10/10.

(d) internationalen Organisationen

Internationale Organisationen wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) fördern die Entwicklung örtlicher Selbsthilfeorganisationen die Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen in den Entwicklungsländern.

UNDP z.B. mit der Entwicklung von Indices der menschlichen Entwicklung, die als Werkzeuge zur Erfolgsmessung auf Nutzen statt auf Rendite eingestellt sind und dazu dienen sollen, Mängel im kapitalistischen System zu korrigieren.

Die FAO mit der Förderung von Erzeugergemeinschaften, Dorfgruppen und Einführung angepasster Technologien für Produktion, Vermeidung von Nachernteverlusten, Lagerung und genossenschaftliche Vermarktung.

Die ILO durch eine Empfehlung zur Förderung von Genossenschaften (Nr. 193 von 2002).

Die UNO durch Einigung auf Richtlinien für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Genossenschaften (Beschluss der Vollversammlung 2001).

(e) Universitäten

Bei der Aufgabe, Forscher und Lehrende für Problemstellungen der ES zu interessieren und sie in die Entwicklung der ES einzubeziehen, stehen die Vertreter der ES noch am Anfang. Auf rein wirtschaftlicher wie auch auf rechtlicher Ebene gibt es bisher keine „Schule“ der ES. Einige internationale Institute wie CRIEC in Lüttich, Belgien und EURICSE in Trento, Italien, sind die Ausnahme. Nur im deutschsprachigen Raum gibt es seit mehr als 50 Jahren eine Arbeitsgemeinschaft genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI) mit einer eigenen Fachzeitschrift (ZfgG), die aber klar auf Genossenschaften und vergleichbare Kooperationsformen ausgerichtet ist. Besondere Studiengänge wie der in Marburg zwischen 1964 und 2002 angebotene und vom Land Hessen geförderte Diplomstudiengang der Kooperationsökonomien für Studierende aus Entwicklungsländern ist ebenso eine Ausnahme, wie der Studiengang der Gemeinwesenökonomie an der TH München.

Anders ist die Lage in Kanada, den USA und einigen Ländern Afrikas (z.B. Nigeria) und Asien (z.B. Indien und Malaysia).

(f) kulturelle Welt

Zur Verbesserung ihrer Kontakte zur kulturellen Welt muss die ES aus ihrem Schatten heraustreten und Zusammenarbeit suchen. So hat z.B. die Plunkett

Foundation für Genossenschaftsstudien, Oxford erreicht, dass ihr Programm über die Wiederbelebung verödetter Dörfer (Rural Revival) mit Schwerpunkt auf der Entwicklung genossenschaftlich organisierter Dorfläden, als Erzählstrang in ein populäres Fernsehprogramm aufgenommen wurde, das jetzt täglich von ca. 800 000 Zuschauern gesehen wird und diese mit dem Konzept vertraut macht.

5.3 Kollektives Individuum vs. wachsender Individualismus

Dem Zerfall herkömmliche Sozialstrukturen (Familien, Gemeinden) und einem wachsenden, bindungslosen Individualismus stellt die ES ihr Modell einer kämpferischen Demokratie entgegen. Sie ist sich dabei bewusst, dass ein Übermaß an Demokratie die wirtschaftliche Effizienz ihrer Unternehmen beeinträchtigt. Bei der Suche nach Antworten auf die konkreten Bedürfnisse der Menschen, die Risiken der Arbeit und des täglichen Lebens, der humanen Produktionsbedingungen, des Klimawandels, setzt die ES auf das „kollektive Individuum“, auf einen kooperativen Individualismus von Personen, die danach streben, ihre Identität zu behalten sich aber gleichzeitig in demokratischer und gerechter Weise an kollektiven Aktionen beteiligen wollen, als Individuen in einem frei gewählten Kollektiv. Dabei muss in den Unternehmen und Organisationen der ES berücksichtigt werden, dass demokratische Entscheidungsprozesse langsamer aber sicherer sind, weil sie nach Konsultation mit den Betroffenen in einem transparenten Verfahren zustande kommen.

5.4 Besondere Ausprägungen von Merkmalen der ES als Wirtschaftsform

(a) Eigentum

Gemeinschaftliches vs. geteiltes Eigentum. ES ist nicht gegen Privateigentum, fördert aber bewusst die Entstehung von Gemeinschaftseigentum in ihren Unternehmen in Form unteilbarer Reserven (asset lock). Wenn investierende, d.h. nicht die gemeinsamen Einrichtungen nutzende Mitglieder aufgenommen werden, dann geschieht das unter Bedingungen, die kommerzielle Investoren abschrecken: Beschränktes Stimmrecht, Regeln, die den nutzenden Mitgliedern immer eine Mehrheit sichern, beschränkte Kapitaldividende und eingeschränkte Übertragbarkeit der Anteile zum Nennwert, kein Anspruch auf Beteiligung am „inneren Wert“ des Unternehmens. Diese Regelungen sollen Rendite und Macht suchende Investoren von Unternehmen der ES fernhalten, an dem gemeinsamen Projekt interessierte Fördermitglieder und Sponsoren aber willkommen heißen.

(b) Management

Wertegebundenes vs. wertbezogenes Management. Dabei steht wertbezogenes Management für ein auf finanzielle Fragen und Rendite ausgerichtetes Management, das an Ergebnissen interessiert ist, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. Bei wertgebundenem Management kommt es darauf

an, die Unternehmensziele unter Einhaltung der in einem Leitbild festgelegten Werte zu erreichen und die Mitglieder/Stakeholder so gut wie möglich zu fördern, auch wenn das keine optimale Rendite des eingesetzten Kapital sichert, Fördermanagement. Beispiele: Raiffeisenbanken in der Schweiz und in Südtirol, Dorfgenossenschaften in Zypern.

(c) Finanzierung

Wie jedes Unternehmen brauchen auch die Unternehmen der ES Kapital. Kennzeichnend für diese Unternehmen ist aber ihre besondere Einstellung zu Kapital und Gewinn. Dem Kapital werden die Attribute seiner Macht entzogen. Zuteilung von Stimmrecht und Anspruch auf Gewinnbeteiligung folgen anderen Kriterien als denen der Kapitalbeteiligung: Kopfstimmrecht – ein Mitglied – eine Stimme; Überschussverteilung in Form von Rückvergütung proportional zum Umsatz.

Anders als die typische Kapitalbeteiligung bei Aktiengesellschaften mit anonymen Aktionären (im Französischen: Société anonyme), sind die Beteiligungen bei Unternehmen der ES personengebunden, beschränkt übertragbar, ohne Marktwert und können von Mitgliedern bei ihrem Ausscheiden zum Nennwert zurückgefordert werden (variables Anteilskapital). Daneben gibt es spezielle hybride, stimmrechtslose Wertpapiere (Genussschein). Den festen Bestandteil des Kapitals bilden unteilbare Reserven (asset lock) ergänzt durch kollektive Garantiefonds.

(d) Verteilung der Ergebnisse

Bei Unternehmen der ES und insbesondere bei Genossenschaften ist die typische Form der Überschussverteilung die Rückvergütung nach Umsatz mit dem Gemeinschaftsunternehmen. Wenn eine Kapitalbeteiligungsdividende gezahlt wird, ist die Höhe dieser Dividende ausdrücklich beschränkt. Ein Teil der Überschüsse fließt in unteilbare Reserven.

Bei selbst verwalteten Betrieben und Produktivgenossenschaften geht es um eine gerechte Verteilung auch der Pflichten und der Teilhabe an dem gemeinsam geschaffenen Reichtum. Arbeitszeit und Entlohnung werden gerecht verteilt und soziale Sicherheit wird gewährleistet. Z.B. erhalten die Mitglieder/Mitarbeiter in Mondragon monatlich einen Vorschuss (anticipio), der etwas über der Höhe des Mindestlohns liegt und am Jahresende, wenn das Betriebsergebnis feststeht, ihren Anteil je nach Finanzlage teils ausgezahlt, teils als Gutschrift oder Lastschrift auf ihr Kapitalkonto. Es gilt Einheitslohn oder gestaffelter Lohn nach Tätigkeit, Ausbildung und Erfahrung, aber beschränkt z. B. auf das Zweieinhalbfache (Wagner & Co Solartechnik GmbH) oder Siebenfache (Mondragon) des Einheitslohns. Anders in kapitalistischen Unternehmen z.B. in Amerika, wo ein Firmenchef 1950 30-mal soviel verdiente, wie ein Arbeiter und 2010 300-mal soviel (Brinkbäumer, Klaus et al.: Good night America, in: Der Spiegel 44/2010, S. 75).

(e) **Erfolgsmessung und Bewertung**

Bei Unternehmen der ES wird der Erfolg mit eigenen Instrumenten und Methoden gemessen und bewertet, da eine Evaluierung über die Börse oder durch Rating-Agenturen entfällt: Förderplan, Förderbericht, Bilan Sociétal, Social Audit. Der Fördererfolg wird in Form einer materiellen Prüfung des Managements bewertet (performance audit).

Unter **Bilan Sociétal** versteht man die Bewertung der Erfüllung der Verpflichtungen des Unternehmens gegenüber seinen Partnern in den Bereichen stabile Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit, Kommunikation, Gesundheit, Wohnen, umweltverträgliches Arbeiten. Es werden nicht nur die finanziellen Kennziffern berücksichtigt, sondern das tatsächliche Verhalten des Managements den Werten des Unternehmens gegenübergestellt. In Form einer Querschnittsanalyse werden die Einschätzungen aller Partner zu den gleichen Fragen erhoben. Auch die Erfüllung der Verpflichtungen des Unternehmens gegenüber seinen Partnern wird bewertet.

5.5 Economie Solidaire

In Frankreich versteht man unter Economie Solidaire vorwiegend kleine, örtlich verwurzelte Organisationen, bei denen es eine Mischung aus Ehrenamt und besoldeter Tätigkeit gibt und die aus privaten und öffentlichen Quellen finanziert wird (z.B. personennahe Dienstleistungen, Mikrokredit und Fair Trade). Aber ES kann nicht nur auf Solidarität zurückgeführt werden und andere Aspekte wie den wirtschaftlichen Erfolg vernachlässigen. Als positiv an der Economie Solidaire wird anerkannt, dass sie die Unternehmen der ES an ihre Werte erinnert. Besonders bei Großorganisationen wächst die Gefahr, dass der Kontakt zu den Mitgliedern verloren geht und Technokraten in Führungspositionen gelangen, wo sie prinzipienferne Lösungen vorschlagen und umsetzen.

6 Heilmittel aus dem Arsenal des Kapitalismus

6.1 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

Um sich flexibel an die Auftragslage anpassen zu können und Arbeitskosten zu senken, fordern viele Unternehmer strenge Regeln des Arbeitsrechts wie Kündigungsschutz durch Rechte der Arbeitgeber zu befristeter Einstellung und Zulässigkeit von Leiharbeit zu lockern und Mindestlöhne möglichst zu vermeiden. Unabhängig davon werden prekäre (atypische) Arbeitsverhältnisse wie unbezahlte oder bezahlte Praktika, Ein-Euro-Jobs, Scheinselbständigkeit und Leiharbeit ausgebaut und der Billiglohnsektor wächst. Eine beliebte Methode zur Einsparung von Lohnkosten ist die Kündigung von fest angestellten Arbeitnehmern und deren Wiedereinstellung bei eigens dafür errichteten Tochtergesellschaften, wo für die gleiche Arbeit, oft sogar am gleichen Arbeitsplatz, ca. 30 % weniger Lohn gezahlt wird, als der Stammbesellschaft. Nach ähnlichem Muster funktio-

niert die Leiharbeit. Klagen gegen diese Praxis waren erfolgreich. Vor Gericht konnte gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchgesetzt werden.

Die langfristigen Folgen dieser Praktiken der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch atypische Arbeitsverhältnisse werden gerne übersehen. Besonders Berufsanfänger geraten immer häufiger in Warteschleifen bis zur Erreichung ihrer ersten unbefristeten Anstellung. Während dieser Zeit leben sie oft nahe der Armutsgrenze (mit 1200 – 1500 € brutto). Sie haben keine Planungssicherheit, die für die Gründung einer Familie, den Abschluss eines Bausparvertrages und der Bildung von Rücklagen für das Alter erforderlich wäre. Zugleich beklagen die Demographen den Rückgang der Geburtenrate.

Viele junge Akademiker können kaum von den Ergebnissen ihrer Arbeit leben. Um nach zahlreichen Praktika und Zwischenjobs überhaupt eine Beschäftigung zu finden, nehmen sie geringe Löhne und lange Arbeitszeiten in Kauf, die an Selbstausbeutung grenzen. Heute leben 6,5 Millionen Arbeitnehmer trotz Lohn an der Armutsgrenze. Seit 2000 ist die Zahl junger Menschen auf sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen um ein Viertel auf 1,2 Millionen gesunken, während die Zahl der 15-24-jährigen in atypischen Beschäftigungsformen (befristet oder in Zeitarbeit beschäftigt, mit Mini-Jobs von weniger als 200 Wochenstunden) sich in 10 Jahren um 42 % vergrößert hat. Heute ist jeder zweite in Deutschland abgeschlossene Arbeitsvertrag befristet. Nur ein Drittel der jungen Berufseinsteiger schafft den nahtlosen Wechsel auf eine unbefristete Vollzeitstelle. Die Feststellung, dass „an den Rändern des Arbeitsmarktes einiges aus dem Ruder läuft“ ist stark untertrieben.

Es gibt auch gute Beispiele für den flexiblen Umgang mit Arbeitszeit und Lohn: Die Kurzarbeit während der Wirtschaftskrise. Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer leisteten gemeinsam ihre Beiträge. Die Arbeitnehmer verzichteten auf ca. 15 % ihres Lohnes, behielten dafür ihre Arbeitsplätze und erhielten Gelegenheit zur Weiterbildung. Einsichtige Tarifpartner konnten so ca. 3,5 Millionen Arbeitsplätze erhalten, die nach Ende der Krise gut gebraucht wurden. Betriebsräte fordern, Leiharbeit in Festanstellung zu verwandeln. An Entwürfen für Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital ihrer Unternehmen wird gearbeitet. (Vgl. hierzu Martin Dommer: Geld spielt keine Rolle, in: FAZ vom 6./7. November 2010, S. C1).

6.2 Mit Privatisierung gegen leere öffentliche Kassen

Kommunale Verwaltungen sehen oft in der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienste wie z.B. Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser, Wohnungsunternehmen Infrastrukturanlagen (z.B. Abwassersysteme) eine Lösung ihrer finanziellen Probleme. Ein bekanntes und gefährliches Modell ist der Verkauf kommunaler Einrichtungen an ausländische Investoren und deren Weiternutzung als Mieter (Leasing) mit hohen Risiken aus undurchsichtigen langfristigen Verträgen in englischer Sprache.

Die ES bietet einen anderen Weg, nämlich die Übernahme kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen durch partizipative, auf Gegenseitigkeit beruhende Unternehmen unter Beteiligung der Bürger und anderer interessierter Stakeholder, die auf langfristige Lösungen setzt. Ohne Aktionäre hat die ES weder die gleichen Einschränkungen noch die gleichen Möglichkeiten der kapitalistischen Ökonomie. Humankapital und Wissenskapital werden höher eingeschätzt als finanzielle Beiträge. Langfristige und bedarfsgerechte Lösungen haben Vorrang vor kurzfristiger Rendite.

7 Entwicklungsstrategien der ES

7.1 Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung im Sinne von integrierter, ökologischer und kohärenter Entwicklung bei abnehmendem, mehrdimensionalem Wachstum, könnte jahrzehntelange Fehlentwicklungen aufhalten und korrigieren. Nachhaltige Entwicklung ist geprägt vom Respekt vor der Umwelt. Es ist eine bedarfsgerechte Entwicklung, die das Ziel verfolgt die Grundbedürfnisse der Mensch zu befriedigen, demokratische Strukturen zu fördern und Reichtum gerechter zu verteilen. Sie geht davon aus, dass menschliche Aktivitäten nicht in erster Linie marktbedingt sind und dass auch im Wettbewerb nicht als Erstes auf sozialen Abbau gesetzt werden muss. Menschliche Aktivitäten sind in erster Linie sozialer Natur.

7.2 Humane Globalisierung

Humane Globalisierung stellt sich gegen das liberale Dogma, dass wirtschaftlicher, in Geld messbarer Erfolg Priorität genießt. In diesem Feld muss die ES zu einem wichtigen Innovations- und Ausbildungsfaktor werden. Sie muss eigene Instrumente und Lösungen entwickeln und einsetzen, sich an der Ausarbeitung und Umsetzung neuer Modelle beteiligen, selbst neue Projekte lancieren und ihre eigene „Marke“ prägen.

Umweltverträglicher Fortschritt ist möglich. In den Schlüsselfunktionen einer humanen Entwicklung kann die ES hierzu wichtige Impulse liefern. Sie wird keine großen internationalen Abkommen schließen, sich aber sehr wohl an den Beratungen über solche Abkommen beteiligen, wie z.B. bei der Formulierung der UN-Richtlinien zur Förderung eines günstigen Umfelds für die Entwicklung von Genossenschaften (2001), an den Diskussionen über die Richtlinien der Internationalen Arbeitskonferenz zur Förderung von Genossenschaften (2002) und an den Beratungen zwischen 1984 und 2003, die zum Erlass einer Verordnung über die Europäische Genossenschaft führten.

Ein Beispiel für praktische Arbeit des ES ist das Eintreten dafür, das internationale Pharmakonzerne ihre Vermarktungsstrategien ändern und z.B. Medikamente gegen Aids nicht nur als Ware sehen, die Rendite bringen muss, sondern den Menschen in Entwicklungsländern zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen

sollte. Ein weiteres Beispiel ist die Verbreitung von Fair Trade, von dem bisher mehr als 1,5 Millionen kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern profitieren.

7.3 Gesteuertes Wachstum

Im Kapitalismus gilt der Glaube, dass ständiges Wachstum, Konzentration wirtschaftlicher Kräfte durch Fusionen und feindliche Übernahmen sowie Vergrößerung der Marktanteile unabdingbare Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt, Erhöhung der Produktion und Vermehrung des Reichtums sind. Dieses Dogma wurde schon 1972 durch einen Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums in Frage gestellt. Seit dieser Zeit wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass übermäßiger Energieverbrauch, Übernutzung von Wasser- und Bodenressourcen und Standortverlagerungen von Unternehmen in Billiglohnländer, in denen Arbeitnehmer ohne gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Schutz sind, dazu führen, weltweit die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich zu vergrößern. Allerdings mit relativ wenig Erfolg, wie Probleme der WTO und gescheiterte Umweltkonferenzen zeigen. Eine Ausnahme bildet die vor im Oktober 2010 erzielte Einigung der internationalen Artenschutzkonferenz im japanischen Nagoya, dass Erträge der Nutzung von Arzneipflanzen zwischen den Pharmakonzernen und den Herkunftsländern dieser Pflanzen zu teilen sind.

Der These: „Wir müssen mehr produzieren um mehr zu verteilen“ setzen ihre Gegner Vorschläge für ein abnehmendes Wachstum, eine bessere Nutzung von Boden, Wasser und Energie, ein besser angepasstes Management der technologischen und biotechnischen Ressourcen, eine gerechtere Verteilung des Reichtums und bessere Ernährung und medizinische Versorgung entgegen. Die ES mit ihren Vorschlägen zur Vergesellschaftung von Innovationen kann hier die Rolle eines Regulators übernehmen.

8 Fazit

Wie sehen nachhaltige Entwicklung und umweltverträglicher Fortschritt aus? Das lässt sich ganz in der Nähe von Marburg bei der Wagner & Co Solartechnik beobachten. Durch Herstellung von Solaranlagen hat sich die Wagner & Co Solartechnik GmbH eine führende Stellung am Europäischen Markt erarbeitet. Aus kleinsten Anfängen 1980 ist inzwischen ein Unternehmen mit Millionenumsätzen geworden, mit Filialbetrieben in Frankreich, Spanien und Italien. Die Kraft zieht dieses zu 100 % in Mitarbeiterigentum stehende, von den Beschäftigten selbst verwaltete Unternehmen aus dem Engagement ihres Teams. Bis vor wenigen Jahren erhielt jeder/jede den gleichen Lohn. Heute wird als Konzession an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Führungspersonen das Zweieinhalbfache des Einheitslohns mit Zuschlägen für Sonderaufgaben gezahlt, aber nicht das Hundertfache oder gar das siebenfache Gehalt eines Ministerpräsidenten in Höhe von 1,5 Millionen Euro. Als GmbH legt Wagner & Co Solartechnik Wert darauf, dass sich jeder Mitarbeiter mit Kapitalanteilen beteiligt, die langsam an-

gespart werden können. Das Unternehmen arbeitet in der Nähe von Marburg in einem mit Preisen ausgezeichneten Passivhaus, das als Büro und Produktionsstätte dient und hat inzwischen ein weiteres Werk im 15 km entfernten Kirchhain errichtet. Es setzt die Werte seines Leitbildes konsequent um.

Die ES will den Kapitalismus und den Wettbewerb nicht abschaffen oder ersetzen. Sie will vielmehr das System verbessern, ergänzen, Fehler vermeiden und Alternativen aufzeigen. Sie will für eine andere Form des Wirtschaftens eintreten. Statt einseitiger Fixierung auf Kapital und Gewinn wird eine stärker auf die Menschen und deren Bedarf bezogene Wirtschaftsweise propagiert. Ohne das Diktat der Aktionäre und den Zwang zu kurzfristiger Rendite hat die ES weder die gleichen Einschränkungen noch die gleichen Möglichkeiten wie die kapitalistische Ökonomie. Sie bewertet Beiträge in Form menschlicher Arbeitskraft und Wissenskapital höher, als finanzielle Beiträge. Es gibt keine Bewertung der Unternehmen an der Börse oder durch Rating-Agenturen.

Das Wachsen des Fairen Handels, dessen Berechtigung gerade wieder durch die Vereinbarungen der Internationalen Artenschutzkonferenz 2010 im japanischen Nagoya neue Anerkennung erfahren hat, ist ein gutes Beispiel für die Vorstellungen der ES über gerechtere Wirtschaftsordnung. Wie weit die Welt von einer solchen Ordnung entfernt ist, lässt sich an zahllosen Beispielen illustrieren. Genannt sei hier stellvertretend die Lage von Gemüseanbauern in Burkina Faso, die in Kongoussi am Lac de Bam im Rahmen eines ursprünglich deutschen Entwicklungsprojektes grüne Bohnen für den europäischen Markt produzieren. Die Produzenten erhalten ca. 20 Eurocents für das Kilo. Die Konsumenten in Frankreich zahlen 4,50 Euro pro Kilo. 4,30 Euro teilen sich zahlreiche Zwischenhändler und Transporteure. Für die Obstbauern sieht es etwas besser aus, ihre Genossenschaft hat ein Kühlhaus am Flughafen von Ouagadougou, in dem Mangos und Papayas schonend gelagert werden können, um je nach Auslastung der Passagierflugzeuge nach Europa kurzfristig zugeladen zu werden. Die hohen Gewinnmargen der Transporteure und Zwischenhändler sind monopolbedingt und ungerecht. Kooperative Lösungen für Transport und Vermarktung würden es erlauben, dass ausreichende Preise für die Produzenten und bezahlbare Preise für den Konsumenten entstehen.

Schaffung gerechter Wirtschaftsbeziehungen und humaner Globalisierung gelingt um so besser, je mehr sich die verschiedenen Organisationen (Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und gemeinnützige Organisationen) hinter einer gemeinsamen Fahne der ES versammeln und zeigen, was eine humanere wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung bewirken kann. Die ES zeigt einen Ausweg aus dem Teufelskreis des globalen Finanzkapitalismus, bei dem sich Fondsmanager von der realen Wirtschaft abkoppeln, sich der Kontrolle durch ihre Eigentümer entziehen und sich der Erzielung kurzfristiger Spekulationsgewinne widmen, während die dabei angerichteten Schäden zu Regulierung an den Staat weitergereicht werden. Als Alternativmodell kann die ES in allen Bereichen menschlicher Tätigkeit dabei mitwirken, an Stel-

le des Vertrauens der Kapitalisten auf grenzenloses Wachstum ein Modell für menschenverträglichen und umweltverträglichen Fortschritt zu verwirklichen.

Gerade wird die Meldung verbreitet, dass in der Uckermark ein Bio-Bodenfonds aktiv wird, der Ackerflächen ankauft und an Bauern verpachtet, die sich zu streng ökologischem Landbau verpflichten. Dieses Modell soll bundesweit eingesetzt werden.